

DIE LINKE. BRANDENBURG, Alleestraße 3, 14469 Potsdam

An die

- Genossinnen und Genossen der Brandenburger LINKEN

**Zum weiteren Umgang mit dem Projekt Regierungsneubau
Henning-von-Tresckow-Straße**

Stefan Ludwig
Landesvorsitzender

Gerlinde Krahnert
stellv. Landesvorsitzende

Andrea Johlige
Landesgeschäftsführerin

Christian Görke
Fraktionsvorsitzender

Thomas Domres
Parlamentarischer Geschäftsführer

Potsdam, 20/03/2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

am heutigen Tag hat sich der Haushaltsausschuss des Landtages mit den Stimmen der rot-roten Koalition für die Fortführung des Neubaus eines Bürokomplexes am Regierungsstandort Henning-von-Tresckow-Straße im Rahmen eines Öffentlich-Private-Partnerschafts-Modells (ÖPP) ausgesprochen.

In mehreren Fraktionssitzungen sowie in gemeinsamen Sitzungen des Fraktionsvorstandes mit dem geschäftsführenden Landesvorstand wurde dieses Thema sehr ausführlich und kontrovers diskutiert. Es bestand und besteht Einigkeit mit den Positionen der Bundespartei, dass neue ÖPP-Projekte auch in Brandenburg politisch durch uns abgelehnt werden. Auch deshalb hat sich der geschäftsführende Landesvorstand dafür ausgesprochen, dass sich unsere Mitglieder im Koalitionsausschuss dafür einsetzen, dass in Brandenburg keine weiteren ÖPP-Projekte gestartet werden. Im Koalitionsausschuss hat der Koalitionspartner dem auch zugestimmt. Dies fand auch Niederschlag im gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen in der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses; diesen dokumentieren wir in der Anlage.

Landtagsfraktion und geschäftsführender Landesvorstand haben sich mehrheitlich dazu durchgerungen, den 2007 mit einem Landtagsbeschluss eingeleiteten und jetzt mit dem Bieterverfahren abgeschlossenen Vorgang nicht rückwirkend wieder aufzumachen. Grundlage dafür waren die Ergebnisse des dazu stattgefundenen Bieterverfahrens und die Prüfung durch das Ministerium der Finanzen. Im Ergebnis dieser Prüfung wurde deutlich, dass schwerwiegende Kosten und Folgewirkungen beim Stopp des Projektes für das Land Brandenburg entstünden.

Dies wären im Einzelnen:

1.)

Das durch das Ministerium der Finanzen vorgelegte Prüfungsergebnis zum „Neubau eines Bürokomplexes am Regierungsstandort Henning-von-Tresckow-Straße“ im Rahmen eines ÖPP-Modells geht auf einen Landtagsbeschluss aus dem Jahr 2005 zurück (LT-DS 4/2110-B. Die mehrjährige Prüfung umfasste zahlreiche Risikoanalysen, Vorhabenreduzierungen und Präzisierungen und hat letztlich ergeben, dass die Realisierung des Projektes im ÖPP-Modell wirtschaftlicher wäre als der Bau in Eigenregie des Landes. Der wirtschaftliche Vorteil für das ÖPP-Modell liegt bei auf 4,2 % und somit bei fast 3,5 Mio. €. Dabei ist finanziell berücksichtigt, dass der Investor bei künftigen Vertragsverhältnissen zur Bewirtschaftung des Objektes (z.B. mit Reinigungspersonal und Wachschatz) den Mindestlohn analog dem Brandenburgischen Vergabegesetz zu zahlen hat und dies auch vertraglich zugesichert wird.

2.)

Ein Stopp des Verfahrens würde Kosten i. H. v. 2 bis 7 Mio. € verursachen, die den bislang Beteiligten Bietern an Aufwands- bzw. Schadenersatz zustünden. Über die genaue Höhe würde das Verhandlungsgeschick des Finanzministers entscheiden.

3.)

Bei einem Neustart als Eigenbauprojekt des Landes durch ein erneutes Bieter- bzw. Ausschreibungsverfahren wäre eine Fertigstellung des Regierungsstandortes frühestens 2017/2018 möglich, die Fertigstellung würde sich demnach um mindestens zwei Jahre verzögern. Zu berücksichtigen wäre zudem, dass bei der Variante „sofortiger Eigenbau“ weitere Schadensersatzansprüche sämtlicher an dem ÖPP-Verfahren beteiligten Bieter auf das Land zukommen würden. Auch müsste der prognostizierte Finanzumfang in voller Höhe bereits in den kommenden Jahren bereitgestellt und aufgewendet werden.

4.)

Weitere Folgewirkungen würden aufgrund bereits getroffener Vereinbarungen zur Nachnutzung der bisherigen Gebäude entstehen:

- a) Insbesondere wäre betroffen die Erweiterung des Wissenschaftsparks. Sollte das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) das Gebäude in der Albert-Einstein-Straße nicht wie geplant 2015 räumen, könnte die Zusage der Landesregierung an das Geoforschungszentrum, das Gebäude künftig nutzen zu können, nicht eingehalten werden. Die Folge wäre, dass das Land zur Deckung des bestätigten Raumbedarfs des Wissenschaftsparks ein Grundstück an anderer Stelle der Stadt erwerben müsste, was zusätzlich, bislang nicht geplante Kosten verursachen würde.
- b) Auch die Zusage gegenüber der Bundesimmobilienanstalt (BIMA) zur Nachnutzung der Gebäude des MUGV und des MASF in der Heinrich-Mann-Allee 103 durch die Bundespolizei ab III/2016 müsste zurückgezogen werden.
- c) Der geplante Umzug der Verbraucherzentrale im vierten Quartal 2015 könnte nicht erfolgen. Dadurch entstünden dem Land Mehrkosten für Mietzahlungen.
- d) Das Landesamt für Bauen und Verkehr könnte ebenfalls den geplanten Umzug nicht vollziehen, auch hier entstünden dem Land Mehrkosten durch Mietzahlungen.
- e) Die Unterbringung des Sozialgerichts Potsdam im Zusammenhang mit einem Ergänzungsbau könnte ebenfalls nicht stattfinden. Die Unterbringung müsste weiterhin an zwei Standorten verbleiben, hierzu müsste eine völlig neue Lösung gesucht werden, da am bisherigen Standort ein schlechter baulicher Zustand vorzufinden ist. Auch hier entstünden je nach zu findender Lösung weitere Mehrkosten.

Es sei hier noch einmal klar gestellt: Wir sind als LINKE prinzipiell aus vielen nachvollziehbaren Gründen gegen ÖPP-Verfahren. Auch die bisherigen Erfahrungen mit derartigen Projekten stützen überwiegend diese Auffassung. Die Landtagsfraktion und der geschäftsführende Landesvorstand ließen sich bei der Entscheidung, das ÖPP-Projekt nicht zu stoppen, davon leiten, dass verantwortungsvolle LINKE Politik in Regierungsverantwortung neben den eigenen Positionen und Forderungen auch das Wohl des Landes im Blick haben sollte. Neben den erheblichen Mehrkosten beim Stopp dieses ÖPP-Verfahrens haben wir auch die Folgewirkungen betrachtet.

Mit solidarischen Grüßen,

Stefan Ludwig, Gerlinde Krahnert, Andrea Johlige, Christian Görke und Thomas Domres

Anlage

Antrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion Die Linke

für die Sitzung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen am 20. März 2013

Tagesordnungspunkt 3: Neubau eines Bürokomplexes im Rahmen eines Öffentlich-Private-Partnerschaft-Modells am Regierungsstandort Henning-von-Tresckow-Straße in Potsdam (MdF Vorlage Nr. 03/13)

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge beschließen:

1. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen bekräftigt seine grundsätzlich ablehnende Haltung zu ÖPP-Projekten. Er fordert die Landesregierung auf, künftig dieses Finanzierungsverfahren bei der Umsetzung von Projekten des Landes auszuschließen.
2. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen geht davon aus, dass alle bauausführenden Unternehmen Tariflohn bzw. Mindestlohn zahlen. Er bittet die Landesregierung, bei der Bauausführung gegen eventuelle Schwarzarbeit und Dumpinglöhne vorzugehen und festgestellte Verstöße konsequent zu ahnden.
3. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen erwartet von der Landesregierung, bei der Bewirtschaftung des Objektes vertraglich zu vereinbaren, dass mindestens die Regelungen des Brandenburger Vergabegesetzes eingehalten werden.
4. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen fordert die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass der vorgesehene Kostenrahmen nicht überschritten wird bzw. die Bausumme gedeckelt wird.
5. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen erwartet, dass die Landesregierung ein Kostencontrolling für dieses Projekt einführt und dem Ausschuss regelmäßig (in der Regel halbjährlich) Bericht erstattet.

Potsdam, den 20. März 2013

Für die SPD-Fraktion

Klara Geywitz

Für die Fraktion DIE LINKE

Christian Görke